

Pressemitteilung der FRA und des EIGE
Wien/Vilnius, 3. März 2026

SPERRFRIST: 3. März 2026, 12.00 Uhr MEZ

EU-weite Erhebung zeigt Ausmaß der psychologischen, wirtschaftlichen und online verübten Gewalt gegen Frauen

Neue Erkenntnisse aus der EU-Umfrage zu geschlechtsspezifischer Gewalt zeichnen ein erschreckendes Bild: Gewalt gegen Frauen ist weitverbreitet und findet zunehmend online statt. Zudem wird sie von den Stellen, die sich eigentlich mit dieser Gewalt befassen und sie verhindern sollten, übersehen. Gewalt in der Partnerschaft, psychische Gewalt, wirtschaftliche Gewalt und online verübte Gewalt sind am meisten verbreitet, werden jedoch oft am wenigsten wahrgenommen. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) und das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) fordern die Union nachdrücklich auf, Gesetzgebung, Politik und Praxis an den Erfahrungen von Frauen auszurichten. Das Ausmaß der nicht gemeldeten Gewalttaten macht deutlich, dass die bestehenden Systeme nicht angemessen funktionieren.

Zehn Jahre, nachdem die FRA die [erste wegweisende Studie der EU zu Gewalt gegen Frauen](#) veröffentlicht hat – und trotz erheblicher Fortschritte in Gesetzgebung und Politik – ist Gewalt gegen Frauen in der EU nach wie vor weit verbreitet.

Der neue Bericht „[EU gender-based violence survey – Evidence for policy and practice](#)“ (EU-Erhebung zu geschlechtsspezifischer Gewalt – Fakten für Politik und Praxis) bietet eine ausführliche Analyse der Ergebnisse der zweiten EU-weiten Erhebung zu diesem Thema. Jede dritte Frau in der EU hat körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Gewalt in der Partnerschaft, psychische Übergriffe, wirtschaftliche Gewalt und Online-Gewalt geschehen viel zu häufig und zählen dennoch zu den am wenigsten erkannten Gewaltkategorien.

„Gewalttaten gegen Frauen sind eine Verletzung ihrer Grundrechte“, so die Direktorin der FRA, [Sirpa Rautio](#). „Das Recht der Frauen auf Würde, Sicherheit und Gleichheit wird in der gesamten EU nach wie vor in erheblichem Umfang verletzt. Wenn Gewalt und Missbrauch normalisiert, vertuscht oder ignoriert werden, spiegelt dies systemische Mängel bei der Gewährleistung der Rechte wider. Die Mitgliedstaaten haben klare Verpflichtungen, Gewalt zu verhindern, Opfer zu schützen und den Zugang zur Justiz zu gewährleisten. Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass noch viel zu tun bleibt.“

Die meisten Gewalttaten werden nicht erfasst. Nur 6,1 % der betroffenen Frauen brachten körperlichen oder sexuellen Missbrauch durch ihre Partner bei der Polizei zur Anzeige, bei Angriffen durch andere Personen waren es 11,3 %. Scham, Selbstvorwürfe, Angst und mangelndes Vertrauen in die Polizei sind die am häufigsten genannten Gründe für die Nichtanzeige. Fehlendes Wissen sowie ein begrenzter Zugang zu Unterstützungsnetzwerken tragen ebenfalls dazu bei.

„Wenn Frauen sich nicht darauf verlassen können, dass die Behörden sie schützen, müssen wir uns die Frage stellen, was wir ändern müssen – und nicht, was die Frauen noch tun müssen“, so die EIGE-Direktorin Carlien Scheele. „Aus den Ergebnissen der Erhebung lässt sich ein klarer Weg für die Regierungen ableiten: Prävention, frühzeitiges Eingreifen, spezialisierte, geschlechtersensible und opferzentrierte Dienste müssen der Standard werden und dürfen nicht optional sein.“

Aus dem Bericht gehen u. a. folgende wichtige Schlussfolgerungen hervor:

- **Sexuelle Gewalt und Einwilligung:** Sexuelle Gewalt ist häufiger durch das Fehlen einer freiwillig gegebenen Einwilligung gekennzeichnet als durch körperliche Gewalt. Frauen erleiden fast doppelt so häufig Vergewaltigungen, weil sie genötigt werden oder sich nicht weigern können, als durch direkte körperliche Gewalt.
- **Wirtschaftliche und psychische Gewalt in der Partnerschaft ist weitverbreitet, aber weniger sichtbar:** 29,9 % der befragten Frauen haben psychische Gewalt durch ihren Partner erlebt. Dazu gehören Demütigungen, Eifersucht, Einschüchterungen oder Kontrollverhalten. Bei 12,7 % kommt dies häufig vor. Auf die entsprechenden Fragen antworteten 20,3 % der Frauen, dass sie wirtschaftliche Gewalt durch ihren Partner erlebt haben, etwa indem ihnen die Ausübung einer Erwerbstätigkeit untersagt wurde oder sie keine Kontrolle über die Familienfinanzen hatten.
- **Gewalt in der Partnerschaft stellt eine schwere Belastung für das Leben von Frauen dar:** 9,8 % wurden von ihrem Partner körperlich verletzt, 9,6 % erlebten psychische Gewalt. Infolgedessen benötigten 17,6 % der Frauen eine Arbeitsfreistellung und 30,8 % konnten aufgrund von Gewalt in der Partnerschaft keine Hausarbeit verrichten. Frauen greifen häufig zu Medikamenten (25,8 %) sowie zu Alkohol oder Drogen (17,1 %), um die Auswirkungen zu bewältigen.
- **Gewalt im Kindesalter und ihre langfristigen Folgen:** 32,9 % der Mädchen haben körperliche oder emotionale Gewalt durch ihre Eltern erlebt. Dies kann zu einem Kreislauf der Gewalt führen, da Frauen, die in ihrer Kindheit sexuell missbraucht wurden, als Erwachsene drei- bis viermal häufiger von sexueller Gewalt betroffen sind.
- **Die Digitalisierung führt zu weiterer Gewalt:** 8,5 % der Frauen wurden Opfer von Cyber-Stalking und 7 % der erwerbstätigen Frauen erlebten im Internet sexuelle Belästigung. Bei 10,2 % der Befragten wurde der Aufenthaltsort von ihrem Partner überwacht oder verfolgt.

Um die Umsetzung der Gesetzgebung zu gewährleisten, hat die EU ihren Rechtsrahmen unter anderem durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und durch die EU-weite Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul gestärkt. Doch Gesetze allein reichen nicht aus.

Die Umfrage zeigt klare Prioritäten auf: Verbesserung der opfersensiblen und geschlechtergerechten Meldesysteme, Gewährleistung des Zugangs zu ganzheitlicher Unterstützung, einschließlich Gesundheits- und spezialisierter Dienste, Einstufung von sexueller Gewalt aufgrund fehlender Einwilligung als Straftat, Ausweitung des strafrechtlichen Schutzes auf wirtschaftliche und psychische Gewalt, Stärkung der

Reaktionen auf technologiegestützte Gewalt und Investitionen in Frühpräventions-, Kinderschutz- und traumasensible Systeme.

Dieser Bericht enthält detaillierte Ergebnisse der EU-Erhebung über geschlechtsspezifische Gewalt und ergänzt den [Bericht von 2024 über die wichtigsten Ergebnisse](#) über die allgemeine Prävalenz, Gewalt durch Partner und außerhalb der Partnerschaft sowie Belästigung am Arbeitsplatz.

Die Erhebung wurde von Eurostat, der FRA und dem EIGE gemeinsam durchgeführt und stützt sich auf über 114 000 Befragungen, die zwischen September 2020 und März 2024 geführt wurden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie unter:

- FRA: media@fra.europa.eu / Tel.: +43 1 580 30 642
- EIGE: georgie.bradley@eige.europa.eu / Tel.: +370 6982 78 26